

## Schnöggersburg sehen und sterben

### Bundeswehr baut sich Stadt für den Häuserkampf

Vor gar nicht all zu langer Zeit bei einem uns wohlbekanntem Europameister im Waf-fenexport musste ein Bundespräsident seinen Platz räumen, weil er die Wahrheit aussprach und militärische Einsätze der Bundeswehr zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen der BRD für im Notfall erforderlich erklärte. Nun tut es ihm das aktuelle Staatsoberhaupt nach und schwört das Land darauf ein, „dass es wieder deutsche Gefallene gibt“, da Gewalt in der Welt, in der wir leben, „notwendig und sinnvoll sein [kann], um ihrerseits Gewalt zu überwinden oder zu unterbinden“. Weil „Frieden, Freiheit und die Achtung der Menschenrechte vielfach nicht von allein entstehen“, erfordere eine so von ihm bezeichnete funktionierende Demokratie „eben manchmal auch das Äußerste, was ein Mensch geben kann: das Leben, das eigene Leben“.

Damit auch weiterhin die Sicherheit der BRD in der Welt erfolgreich verteidigt werden kann, baut die Bundeswehr in Sachsen-Anhalt Europas größten Kriegsspielplatz mit dem klangvollen Namen Schnöggersburg. Dort sollen angehende Gefallene den Häuserkampf im Ballungsraum üben, um zukünftige Konflikte, die laut Militärexpert\_innen „immer in urbanen Zentren entstünden“, niederzudemokratisie-

ren. Konzentrierten sich die Kriegsmanöver auf dem Gefechtsübungsplatz Altmark bis vor kurzem noch auf ländliche Szenarien, unter anderem in nachempfundenen afghanischen oder kosovarischen Dörfern, können die Soldat\_innen bald zwischen geplanten 520 Gebäuden auf insgesamt sechs Quadratkilometern um sich schießen. Es soll dabei auch ein kulturelles Zentrum, ein politischer Bezirk, eine U-Bahn und ein Stück Autobahn (so viel Deutschland muss sein) errichtet werden, um möglichst realitätsnah auch im zivilen Raum Kriegsstrategien entwerfen und trainieren zu können.

Die Kosten der Übungsstadt belaufen sich derzeit auf geschätzte 100 Millionen Euro, wobei natürlich nur vermutet werden kann, ob die Kassen nicht zum Beispiel durch Vermietung von Spielzeit auf dem Areal an befreundete Nationen wieder gefüllt werden. Diese könnten sich dann im Stillen auf eventuell bevorstehende Konflikte angesichts aggressiver und repressiver Maßnahmen im eigenen Land vorbereiten. Bei entsprechender Gefahrenlage könnten die neu erlernten Fähigkeiten der hiesigen „Parlamentsarmee“ (Gauck) natürlich auch im urbanen Raum der BRD Anwendung finden, um besser für Zucht und Ordnung zu sorgen.

### pressback...

... ist ein monatlich in Hamburg erscheinender Newsletter gefördert von der Ortsgruppe Hamburg der Roten Hilfe. Die Rote Hilfe ist eine linke, parteiunabhängige, strömungsübergreifende Schutz- und Solidaritätsorganisation, die sich an der Seite aller sieht, die aufgrund politischer Aktivitäten Opfer staatlicher Repressionen geworden sind.

#### Informationen:

hamburg@rote-hilfe.de  
http://pressback.blogspot.de  
https://systemausfall.org/rhhh

#### Kontakt:

www.hamburg.rote-hilfe.de  
V.i.S.d.P.: R. Bernert  
Postfach 3255, 37022 Göttingen

#### Eigentumsvorbehalt:

Dieses Falblatt bleibt bis zur Aushändigung Eigentum des Absenders/der Absenderin, „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung i.S.d. Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Exemplare sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an die Absender\_innen zurückzusenden.

## Anpassung des Notstands

### Neues Polizeirecht in Hamburg

Der Ausspruch „das schärfste Polizeirecht Deutschlands“ ist mittlerweile zum geflügelten Wort geworden, um das Hamburger Polizeirecht zu beschreiben. Er stammt von Udo Nagel, dem von Schill eingesetzten ehemaligen Polizeipräsidenten, der später als Innensenator die Polizeirechtsreform aus dem Jahr 2005 zu verantworten hatte. Nun wurde das Polizeirecht erneut geändert. Doch anstelle der gebotenen Streichung vieler problematischer Teile wurde – neben wenigen kleinen Verbesserungen – eine Reihe weiterer Verschärfungen eingebaut.

Die Regelungen zur Videoüberwachung werden erheblich ausgeweitet. So können Straßenkameras nun in Gebieten, in denen es mindestens zwei Mal zu „Straßenkriminalität“ kam, einfacher installiert werden. Der Begriff der Straßenkriminalität ist dabei aber sehr weit und umfasst beinahe ein Drittel aller erfassten Delikte. Dadurch kommt eine Überwachung für beträchtliche Teile des öffentlichen Raums in Betracht.

Die umstrittenen Gefahrengebiete, die teilweise schon über Jahre hinweg bestehen, bleiben unangetastet. In diesen konnte schon nach alter Rechtslage bei Personen verdachtsunabhängig die Identität festgestellt werden. Darüber hinaus wird nun für die Waffenverbotszonen, etwa die Reeperbahn, die Möglichkeit eingefügt, Personen verdachtsunabhängig auch bis auf die Unterhose zu durchsuchen. Erforderlich sind dafür nur sogenannte „konkrete Lageerkenntnisse“. Der Begriff der konkreten Lageerkenntnisse bedeutet dabei, dass es im Grunde der Polizei überlassen ist, wen sie kontrolliert. Eine Lageerkenntnis ist somit schnell herbeigezaubert und nur schwer zu überprüfen. Dadurch erhöht sich die Gefahr einer willkürlichen und etwa von rassistischen Stereotypen geprägten Polizeipraxis. Die Verbots-, Kontroll- und Überwachungs-politik, insbesondere auf dem Kiez und dem Gebiet um den Hansaplatz in St.Georg, wird damit verschärft fortgesetzt.



FREIRAUM DES MONATS

Außerdem werden die Hürden für die Anordnung und Dauer einer verdeckten Überwachung heruntergeschraubt und weitere Regelungen zur Telekommunikationsüberwachung, zum Beispiel zur Online-Durchsuchung, eingeführt. Auch bei der Datenweitergabe an andere Repressionsorgane kommt es zu einer Ausweitung. Nun können auch Daten von sogenannten Kontakt- und Begleitpersonen leichter EU-weit übermittelt werden. Wenn ihr also zufällig mit einer Person aufgegriffen wurdet, bei der die Polizei vermutet, sie würde Straftaten begehen, steht vielleicht schon bald auch euer Name in einer Datenbank.

Die Gelegenheit, zumindest etwas Transparenz zu schaffen durch die Einführung eines unabhängigen Polizeikontrollgremiums oder der Kennzeichnungspflicht von

Beamt\_innen – wie vor kurzem in Berlin geschehen – wurde versäumt.

Mit der aktuellen Polizeirechtsreform werden ohnehin bereits scharfe Gesetze durch unnötige Regelungen weiter verschärft. Dahinter steht wohl der Gedanke, gesellschaftliche Konflikte mit sicherheitsstaatlichen Mitteln lösen oder zumindest unterdrücken zu können. Die Regierung versucht dabei, sich an der Verfassungsgerichtsrechtsprechung entlangzuhandeln und die repressivst möglichen, gerade noch verfassungsmäßigen Regelungen rauszuholen. Mit der jetzigen Reform werden die Kompetenzen der Polizei weiter im Bereich einer vagen „Kriminalitätsprävention“ ausgeweitet und hierdurch auch eine ausgedehntere Ausforschung von politisch unliebsamen Zusammenhängen ermöglicht.

### Beitrittserklärung / Einzugsermächtigung / pressback

- Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe
- Ausserdem bin ich an aktiver Mitarbeit interessiert
- Ich möchte regelmäßig den E-mail Newsletter erhalten



Rote Hilfe e.V.  
Postfach 3255  
37022 Göttingen

Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe, jederzeit widerruflich, meinen Beitrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Von mir verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchung z.B. bei ungedecktem Konto) gehen zu meinen Lasten und können ebenfalls von meinem Konto abgebucht werden.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag von

Abbuchung soll erfolgen

- 7,50 € (Normalbeitrag)
- 10,00 € (Solibeitrag)
- 3,00 € (Ermäßigter Beitrag)

- jährlich
- halbjährlich
- monatlich

€ anderer Betrag

Der Normalbeitrag beträgt monatlich 7,50 €. Der ermäßigte Mindestbetrag (für Schüler\_innen, Erwerbslose usw.) 3 €.

Vorname_Name
Strasse_Hausnummer
PLZ_Wohnort
Telefonnummer
e-mail
Name_Ort des Kreditinstituts
BLZ
Kontonummer
Datum_Unterschrift

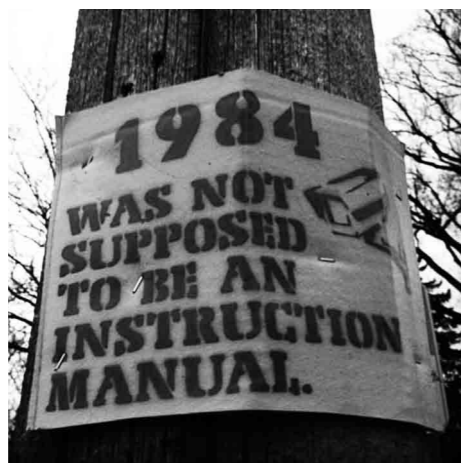
## Neuer Trend aus den USA

### Technologie zur Schnell-Durchsuchung von Handys im Einsatz

Der neueste Schrei der Überwachungstechnik sind die sogenannten Cellphone-Dumper. Dies sind Geräte, die beschlagnahmte Handys innerhalb von 20 Minuten durchsuchen und sämtliche Daten – wie SMS, Fotos, Videos, Nummern und Kennwörter für „soziale“ Netzwerke – extrahieren können. Für die staatlichen Überwachungs- und Repressionsorgane bieten die Geräte enorme Vorteile: Zum einen kann auf diese Art eine Masse an Informationen über eine Person erhalten werden (insbesondere wenn mensch in Besitz eines Smartphones ist). Zum anderen bedeutet diese Ausspäthmethode kaum Aufwand für die Polizist\_innen – selbst bei kurzen Ingewahrsamnahmen ist die Handy-Durchsuchung (unbemerkt) möglich, ohne das Handy in ein kriminaltechnisches Labor schicken zu müssen.

Die USA setzen diese schon länger ein, selbst bei Verkehrskontrollen oder bei der Einreise im Rahmen der verdachtsunabhängigen Durchsuchung.

Nun ist bekannt geworden, dass sich auch die britischen Behörden vor kurzem mit zahlreichen Exemplaren des Herstellers Radio



Tactics ausgestattet haben. Beispielsweise haben in allen 16 Stadtteilen von London Polizeistationen das Gerät „Aceto Kiosk“ erworben und bisher sind 300 der Londoner Polizist\_innen im Umgang damit geschult. Das Unternehmen Radio Tactics hat auch eine

mobile Variante für unterwegs im Angebot („Aceto Field“) und hat hierfür in der britischen Militärpolizei bereits eine begeisterte Abnehmerin gefunden.

Es ist davon auszugehen, dass diese Geräte in Zukunft extensiv eingesetzt werden. Ob die Polizei und Geheimdienste der BRD im Besitz dieser Cellphone-Dumper sind und inwiefern sie zum Einsatz kommen, kann nur vermutet werden. Auf eine Anfrage von Andrej Hunko (Partei Die Linke) diesbezüglich antwortete das Bundesinnenministerium, dass es darauf nicht antwortet – zumindest nicht öffentlich. Begründet wird die Geheimhaltung mit dem „Staatswohl“, denn bereits die Auskunft zu den von den Bundesbehörden verwendeten forensischen Werkzeugen würde „Dritten Rückschlüsse auf Möglichkeiten und Grenzen auf diesem Gebiet ermöglichen. Dadurch könnten polizeiliche und nachrichtendienstliche Ermittlungen gefährdet beziehungsweise verhindert werden“. Keine Antwort ist auch eine Antwort?

## Is ja Bombe!

### Workshop zur Datensicherheit für politische Gruppen in Hamburg

Im Jahr 2010 haben Mitarbeiter\_innen der BRD-Geheimdienste 37 Millionen E-Mails – mehr als fünf Mal so viele wie im Vorjahr – mitgelesen, in denen verdächtige Begriffe („Bombe“) vorkamen (siehe PB#45). In 213 Fällen kamen dabei „geheimdienstlich verwertbare“ Informationen heraus, bei den anderen handelte es sich zumeist um Spam. Nicht wirklich verwunderlich, denn unter den rund 16.400 (!) verdächtigen Begriffen sind laut Bundesregierung natürlich auch „gängige und mit dem aktuellen Zeitgeschehen einhergehende Begriffe“. Durchsucht werden nicht nur E-Mails, sondern auch andere elektronische Datenverbindungen wie beispielsweise Gespräche, Webforen und Faxverbindungen.

Mit einer Kleinen Anfrage wollten einige Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke nun mehr über das Vorgehen der Geheim-

dienste herausfinden. Die Antwort der Bundesregierung darauf lässt sich allerdings mit „alles geheim“ einigermaßen treffend zusammenfassen. Einige Punkte wurden dennoch klarer – beispielsweise, dass die Provider erst einmal alle Datenpakete an den BND weiterleiten und dieser dann auswählt, welche er sich anschaut. Bei der Masse an verdächtigen Begriffen dürften da die meisten Mails potentiell ins Raster fallen.

Eine Möglichkeit, sich gegen Überwachung im Internet zu schützen, sind VPN-Clients. Eine aktuelle schwedische Studie beschäftigt sich mit der zunehmenden Nutzung dieser Dienste, die die IP-Adressen der User\_innen verschleiern. In Schweden werden sie bereits von 700.000 Personen genutzt, deren Identität dann bei Internetaktivitäten nicht mehr so einfach nachvollzogen werden kann. Aber

auch hier gibt es Tücken: So kennt der VPN-Anbieter die IP-Adressen seiner User\_innen, und kann damit Gefahr laufen, diese auf einen Gerichtsbeschluss hin herausgeben zu müssen. Aber die User\_innen sollten auch wissen, ob sie ihrem Anbieter vertrauen: Einige Betreiber/Mitarbeiter des VPN-Anbieters Perfect Privacy beispielsweise wurden gerade als Neonazis enttarnt.

Eine weitere wichtige Möglichkeit, sich zu schützen, ist die Verschlüsselung des E-Mail-Verkehrs. Für politische Gruppen bietet die Ortsgruppe Hamburg der Roten Hilfe dazu zukünftig in Zusammenarbeit mit der Gruppe conundrum, die sich die digitale Selbstverteidigung im Netz zum Ziel gesetzt hat, Workshops an. Bei Interesse schreibt einfach eine Mail – gern auch verschlüsselt – an [hamburg@rote-hilfe.de](mailto:hamburg@rote-hilfe.de).

## Begrenztes Wachstum

### Machterweiterung für Frontex gefährdet Einwanderer\_innen

**Zu Beginn ihrer Karriere 2005 war Frontex nur eine kleine EU-Agentur, die sogenannte „overstayers“ aufspüren sollte – Migrant\_innen, die länger blieben, als ihr Visum es erlaubte. 2010 steuerte die Frontex-Zentrale in Warschau dann bereits den europaweit ersten Einsatz der sogenannten „schnellen Eingreiftruppen“ (Rapid Border Intervention Teams) an den EU-Grenzen, für die die 25 beteiligten EU-Staaten der Agentur Polizist\_innen, Hubschrauber, Spürhunde, Wärmebildkameras, Nachtsichtgeräte und Fahrzeuge zur Verfügung stellen.**

Nun soll Frontex auch endlich die „benötigte operative Stärke“ für den EU-Grenzschutz in der Evros-Region an der griechisch-türkischen Grenze erhalten, wo Frontex schon seit vier Jahren „Migrationsabwehr“ betreibt. Alle EU-Staaten sind dazu aufgerufen, ihre Beamt\_innen-Kontingente für diese Region zu erhöhen, um Frontex zu unterstützen. Auch die Bundesregierung will weitere Beamt\_innen nach Griechenland schicken. Die griechische Regierung sichert zudem den Neubau von 30 von der EU finanzierten Abschiebegefängnissen zu.

Doch auch auf der anderen Seite der Grenze ist die Agentur aktiv: Laut einer Abmachung zwischen Frontex und der türkischen Regierung wird die Türkei in Zukunft illegalisierte Einwanderer\_innen, die über die Türkei in den EU-Raum gelangt sind, wieder zurücknehmen. Bisher verlief mehr als 80% der Einwanderung in die EU über diese Grenzen. Im Gegenzug soll die Türkei Visaerleichterungen für die Einreise türkischer Staatsbürger\_innen in die BRD erhalten. Für illegalisierte Migrant\_innen bedeutet das, dass die türkisch-griechische Grenze eine noch gefährlichere Station auf ihrem Weg in die EU werden wird. Die Evros-Region ist bereits jetzt hoch militarisiert; in einem Fall starben drei Migrant\_innen bei einer Verfolgungsjagd mit Frontex-Truppen, häufiger fallen an der Grenze Schüsse.

Und die nächste Kompetenzerweiterung steht unmittelbar bevor: Ab 2013 soll Frontex die Verantwortung für Eurosur,

das „Europäische Grenzüberwachungssystem“, übernehmen. Eurosur soll alle den jeweiligen nationalen Grenzbehörden zur Verfügung stehenden Daten über nationale Koordinierungsstellen vernetzen und damit als „gemeinsames Informationsbild des Grenzvorbereichs“ für alle beteiligten Mitgliedsstaaten zugänglich machen, um die „Gefahrenlage“ an Europas Außengrenzen besser einschätzen zu können. Dabei sollen nicht nur EU-Gebiete, sondern auch Territorien von Drittstaaten wie der Türkei überwacht werden. Eurosur wird nicht nur von Frontex eingerichtet, die Agentur soll auch das Kommunikationsnetz verwalten und die Lagebilder erstellen, indem sie Satelliten- und Drohnenbilder auswertet. Eurosur soll insgesamt 337 Millionen Euro kosten.

Zwar wird Frontex auch weiterhin eine Agentur mit wenigen Mitarbeiter\_innen bleiben. Durch die Leitung von Eurosur, die Ausbildung der gesandten Beamt\_innen und die erweiterte Kooperation mit Drittstaaten wie der Türkei erhält Frontex jedoch einen enormen Machtzuwachs in Sachen strategische Ausrichtung des EU-Grenzschatzes. Der von griechischer Seite geplante Grenzzaun wird durch die Kooperation zwischen der EU und der Türkei eventuell hinfällig. Dennoch bedeuten die Erweiterungen des Frontex-Mandats keine guten Nachrichten für Migrant\_innen, die in die EU möchten. Ihr Weg wird in Zukunft noch schwieriger und teurer werden, da die Route sich vermutlich in Richtung Schwarzes Meer verlagern muss.

Die EU jedoch ist zufrieden: Der Kompetenzausbau für Frontex wird mit dem Schutz des „Raums der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts“ begründet, als der sie sich nach wie vor versteht.

## zappenduster

### KATASTROPHALES VERHALTEN

Das US-Innenministerium führte die Initiative Social Networking/Media Capability (SNMC) ursprünglich zur schnellen Einschätzung von Katastrophen ein. Von der Initiative werden seit 2010 Foren, soziale Netzwerke und Blogs nach Stichworten durchsucht, die Katastrophen nahe legen. Die gerade erfolgte Veröffentlichung der Suchbegriffe, unter anderem solche zum Thema Migration und illegalisierten Drogen, sprechen aber eher dafür, dass unliebsames Verhalten und die Online-Aktivitäten von Journalist\_innen überwacht werden sollen.

### OMG

Der Baden-Württembergische Verfassungsschutz ließ Papstkritiker\_innen überwachen. Das geht aus dem Bericht von 2011 hervor, wo das Bündnis „Freiburg ohne Papst“ unter dem Kapitel „Freiburger Autonome agieren gegen den Papst“ aufgeführt ist. Das Bündnis, welches den Papst wegen der Geschlechterpolitik, Demokratiefeindlichkeit und der Vergangenheit der römisch-katholischen Kirche kritisiert, könne immerhin von radikaleren Gruppen „beeinflusst“ werden.

### AMTSGERICHT DRESDEN BLEIBT SICH TREU

Das Amtsgericht Dresden hat die Funkzellenabfrage vom Februar 2011 in Dresden nun für rechtmäßig erklärt. Komisch, denn genau dasselbe Gericht hat sie auch schon genehmigt. Es führt aus, dass ein hinreichender Tatverdacht bestanden habe und die begangenen „Straftaten“ ohne die eine Million erfasster Handydaten nicht oder kaum aufzuklären gewesen seien. Die Abfrage sei mithin erforderlich, geboten und angemessen“ und daher der „mildeste Eingriff in die Rechtspositionen unbeteiligter Dritter“.